

1. Neugestaltung des Verhältnisses
zwischen Staat & Privatwirtschaft
gegenseitige Durchdringung

Abreißkalender.

Im Verhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft ist zurzeit eine Neugestaltung, eine gegenseitige Durchdringung im Gang, deren Wirkungen und Endresultat noch nicht abzusehen sind, durch die aber zweifellos die alten Formen dieses Verhältnisses endgültig zerstagen werden.

Der Fall Nicels illustrierte kürzlich für unsern Kreis die bekannte Tendenz der Privatwirtschaft, dem Staat bewährte Kräfte auszuspannen und sie sich nutzbar zu machen. Dem standen die Staatsorgane immer mit gottergeben gefesteten Händen gegenüber. Da läßt sich nichts machen, sagten sie, wir können unsern Leuten die Gehälter nicht zahlen, die die Großindustrie auswirkt.

Das umgekehrte Phänomen schien immer von vornherein ausgeschlossen. Niemand rechnete mit der Möglichkeit, einen ersten Tenor der Industrie oder Finanz z. B. für ein Ministerium zu gewinnen. Man erinnert sich noch des Empfangs, den seinerzeit Dernburg bei den Berliner Offiziellen und bei den ostelbischen Junkern fand, als er sprungelbend aus dem Geschäft hinüber in die Regierung sekte. „Der Koosmich“ nannten sie ihn verächtlich. Die Atmosphäre von Initiative, von Lust zur Ausrüstung aller gegebenen Möglichkeiten blies ihnen zu scharf um die Nasen. Sie waren bisher feierlich unter sich gewesen, ihre Seelen gingen nur in Gehrock und Zylinder spazieren, sie hatten ihre gediegenen, altpreußischen Beamtentraditionen, die kein freies Spiel der Kräfte, sondern ein sorgfältig gebautes und stramim incinander greifendes Räderwerk kannten. Der Kampf ums Dasein, von dessen Schlachtfeldern der Koosmich kam, roch ihnen zu sehr nach Schweiß, war etwas Proletenhaftes, Gewalttägliches, von zweifelhafter Rechtschaffenheit ihrem ehrpusseligen, wohlbehületen Haßschlummer gegenüber.

Wenn die Sozialisierung jemals dauernde Gestalt annehmen soll, wird sie es vermöge einer organischen gegenseitigen Durchdringung der Kräfte und Organe, die bisher sich schen von einander getrennt hielten, die einen in den Sphären, in denen der Überlieferung nach die leitende Staatsgewalt thronte, die andern auf dem Blachfeld der lebendigen, wertschaffenden Arbeit.

Das wird dann nichts anderes sein, als die praktische Verwirklichung der längst bekannten Forderung, daß die Volkswirtschaft die Politik zum Teil verdrängen, zum Teil durchdringen soll.

In den paar schweren Kriegsjahren hat die Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Frontveränderung im öffentlichen Leben derart Boden gewonnen, daß sie heute jedem als ein Axiom einleuchtet und man es kaum für möglich halten sollte, daß noch jemand dagegen aufmunde. Es klingt jedem, der in seiner Zeit atmet, zum mindesten wie ein Anachronismus, wenn in unserer Kammer jemand wegversend von den Finanzleuten spricht, die das Land vor einer Katastrophe bewahren halfen. „Was haben wir nach denen zu fragen, wir luxemburger Kammer!“

Im Kriege noch erlebt wir ähnliches. Die Regierung hatte in richtiger Erkenntnis dessen, was nötigt, einzelne leitende Persönlichkeiten der Großindustrie gebeten, ihr in der Lebensmittelbeschaffung an die Hand zu gehen. In einem Teil der Presse wurde darauf Spott und Verachtung mit Kübeln über diese Männer ausgegossen, von denen später ein Meritaler Staatsminister in der Kammer erklärte, daß sie damals dem Land die wertvollsten Dienste geleistet hatten. Derart wenig halte sich ein Teil der öffentlichen Meinung noch daran gewöhnt, daß sich der Staat Kräfte aus Privatbetrieben zum Vorspann nahm. Es war noch das Zeitalter der Alleinherrschaft des staatlich abgestempelten Juristen, das Missortum ins Luxemburgische überzeugt.

Die Zeit ist darüber wie ein Tornado hinweggegangen und hat alle Verhältnisse verrückt.

Ich lese eben in einer rheinischen Zeitung, daß Dr. Carl Hagemann (hier bekannt durch einen vorzüglichen Vortrag über Richard Wagner) auf den Posten des Intendanten des Nassauischen Landestheaters in Wiesbaden berufen wurde, und daß mit dem Wies-

bader Intendantenposten eine weitestbefugte Tätigkeit des Inhabers als Dezerent im Ministerium und Kulturträger im weiteren Rhein- und Maingau verbunden werden soll.

Da ist also die fruchtbare Annäherung zwischen Staatsgewalt und wertschaffendem Privatbetrieb auch schon auf dem Gebiet der Kunst. Bei uns sehen wir, daß der Generaldirektor der größten Industriegruppe als Delegierter der Regierung in Brüssel über die Zukunft unserer Bahnen mit verhandelt. Daran hätte vor sechs Jahren niemand zu denken gewagt.

Sonntag 11.6.1920